

C24/Marokkanische Sahara: Papua-Neuguinea bekundet seine Unterstützung der Autonomieinitiative, der soliden Basis für eine Lösung auf dauerhaftem Wege, gegenüber

Vereinte Nationen (New York)–Papua-Neuguinea hat vor den Mitgliedern des UNO-Ausschusses der 24 (des C24) seine Unterstützung der Autonomieinitiative gegenüber bekundet, die eine solide Grundlage für eine Lösung des Regionalkonflikts rund um die marokkanische Sahara darstelle.

Max Rai Obe, der ständige Vertreter Papua-Neuguineas bei den Vereinten Nationen, unterstrich in seiner Ansprache auf der jährlichen Tagung des C24 in New York, dass der vonseiten des Königreichs Marokko in 2007 unterbreitete Autonomieplan im Einklang mit den wichtigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und mit den einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats und mit der Generalversammlung stehe.

Der Diplomat stellte auch die Behauptung davon auf, er sei von der Dynamik der wachsenden internationalen Unterstützung dem Autonomieplan gegenüber beseelt, fortfahrend, dass mehr als 100 UNO-Mitgliedstaaten dieser „glaubwürdigen“ Autonomieinitiative auf Kompromisswege unter die Arme zu greifen haben.

Er bekundete außerdem die Unterstützung seines Landes dem Prozess auf politischem Wege gegenüber, der unter der Ägide des UNO-Generalsekretärs und seines persönlichen Gesandten, Staffan de Mistura, durchgeführt wurde und wird, darauf abzielend, eine dauerhafte und für beide Seiten annehmbare Lösung auf politischem Wege für diesen aus dem Boden gestampften Konflikt erzwingen zu dürfen.

Der ständige Vertreter Papua-Neuguineas pries die „lobenswerten“ Anstrengungen des persönlichen Gesandten des UNO-Generalsekretärs zwecks der Bewerkstelligung des Prozesses der Vereinten Nationen auf politischem Wege gegenüber, im Besonderen seine der Region abgestatteten Besuche und die informellen bilateralen Beratschlagungen in New York, Marokko, Algerien, Mauretanien und die Front Polisario dazu auffordernd, in Anwendung der Resolution 2654

des Sicherheitsrats die Gespräche am runden Tische im gleichen Format aufs Neue aufnehmen zu haben.

Er würdigte überdies die Beteiligung der demokratisch wiedergewählten Vertreter der Population der südlichen Provinzen an den beiden Gesprächen am runden Tische in Genf, am Regionalseminar des C24 zum fünften Mal in Folge sowie an den jährlichen Tagungen desselben Ausschusses.

Der Diplomat stellte darüber hinaus die gänzliche Einhaltung Marokkos des Waffenstillstands und seine uneingeschränkte und beständige Zusammenarbeit mit der MINURSO klar heraus, die anderen Parteien dazu auffordernd, demselben auf dem Fuß folgen zu haben, im Besonderen indem sie sich dafür einzusetzen haben, dass der Arbeit dieser UNO-Mission und deren Belieferungen nicht im Wege gestanden werden dürfte.

Er nimmt Bezug auf die Dynamik der sozioökonomischen Entwicklung und der Investitionen in der marokkanischen Sahara, die Erfolge in Hinsicht auf das Erstarken der hiesigen Bevölkerung und auf die Verbesserung der menschlichen Entwicklungsindizes dank des in 2015 ins Leben gerufenen neuen Entwicklungsmodells in den südlichen Provinzen in den Vordergrund drängend.

Diese positive Dynamik habe eine große Anzahl von Staaten und von regionalen Organisationen dazu veranlasst, Generalkonsulate in den Städten Laâyoune und Dakhla einzuweihen, fügte er hinzu.

Der ständige Vertreter Papua-Neuguineas bei den Vereinten Nationen pries die „erheblichen“ Anstrengungen Marokkos zum Schutze und zur Förderung der Menschenrechte der Population der südlichen Provinzen, betonend, dass diese Anstrengungen in der im vergangenen Oktober 2022 verabschiedeten Resolution 2654 des Sicherheitsrats eingebettet sind.

Er brachte auch die anhaltende Besorgnis seines Landes in Hinsicht auf die schwerwiegenden Verstöße in Hinsicht auf die Grundrechte der in den Lagern Tinduf sequestrierten Population, im Besonderen im Hinblick auf die Situation der

Frauen und der Kinder, zur Sprache, unterstreichend, dass diesen Verstößen ein Ende bereitet werden müsste.

Er forderte außerdem vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen ein, zur Registrierung und zur Zählung der Population der Lager Tinduf im algerischen Nordwesten ermächtigt werden zu dürfen.

Quellen:

<http://www.corcas.com>

<http://www.sahara-online.net>

<http://www.sahara-culture.com>

<http://www.sahara-villes.com>

<http://www.sahara-developpement.com>

<http://www.sahara-social.com>